

xx. Februar 2015

Frau Susanne Selbert
Vizelandrätin
Landkreis Kassel
Wilhelmshöher Allee 19-21
34117 Kassel

Herr Jörg Roßberg
Leiter des Fachbereich Soziales
Landkreis Kassel
Fünffensterstr. 5
34117 Kassel

Entwurf: Offener Brief für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten

Mit großer Bestürzung verfolgten wir in den letzten Wochen die mediale Berichterstattung über die entsetzlichen Lebensbedingungen im Flüchtlingsheim in Fulda-Ihringshausen. In dem von der privaten Betreiberfirma Human Care betriebenen Heim wurden zeitweise 130 Menschen auf engem Raum unter körperlich und psychisch krank machenden Bedingungen untergebracht. Wir befürworten daher den aktuellen politischen Entschluss, das Flüchtlingsheim zügig zu schließen.

Jedoch löst die geplante Nachfolgeunterkunft in der abermals isoliert gelegenen Kaserne Fulda-Rothwesten die grundsätzlichen Probleme dieser Unterbringungsform nicht. Durch die Belegung von Mehrbettzimmern wird den BewohnerInnen die Befriedigung des grundlegenden menschlichen Bedürfnisses nach einem Minimum an Privatsphäre und Geborgenheit vorenthalten. Den Geflüchteten wird kein Raum gewährt, um die oft traumatischen Erlebnisse von Flucht, Verfolgung oder Krieg zu verarbeiten.

Die isolierte Unterbringung in Flüchtlingsheimen verhindert zudem Begegnung und Austausch mit dem Rest der Bevölkerung und trägt so zur Verbreitung rassistischer Ressentiments in der Gesellschaft bei. In einer Situation, in der Bewegungen wie Kagida und Pegida Rassismus offen auf die Straße tragen, ist die Eröffnung eines neuen Heims in Fulda-Rothwesten daher ein falsches Signal.

Nun wäre die Möglichkeit gegeben, mit einem Kurswechsel in der Unterbringungspolitik ein Zeichen für die Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft zu setzen. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen mit guter psychosozialer Betreuung würde nicht nur die Lebensbedingungen der Geflüchteten wesentlich verbessern, sondern auch Austausch und Zusammenleben mit dem Rest der Bevölkerung ermöglichen und damit der Entstehung von Vorurteilen und Rassismus entgegenwirken.

Dass eine solche Unterbringungspolitik möglich ist, zeigen Beispiele wie Leverkusen und Köln. Wir fordern daher die Umsetzung konkreter Maßnahmen, die einen Kurswechsel weg von Sammelunterkünften hin zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten einleiten. Hierzu gehören die Ausweitung des Angebots von Sozialwohnungen für Geflüchtete durch Vereinbarungen mit den entsprechenden Wohnungsgesellschaften. Des Weiteren bedarf es einer umfassenden Unterstützung der Geflüchteten bei der Wohnungssuche durch SozialarbeiterInnen und eine daran anknüpfende sozial-pädagogischer und psychologischer Betreuung.

Namen der UnterstützerInnen Organisationen...